

OB Ude und das Wachstum – eine Antwort

Oberbürgermeister Ude hat sich am 23.11.2012 in der Münchner Rathausumschau zur Prognose der Wohnbevölkerung geäußert. München wird bereits 2014 die 1,5 Millionen-Grenze überschreiten, voraussichtlich 2023 auf 1,6 Millionen ansteigen und 2030 bei 1,651 Millionen liegen. Das ist ein Wachstum von 14,9 Prozent. Nach Jahrzehnten eines sehr geringen Wachstums der Wohnbevölkerung hat in den vergangenen Jahren ein enormes Wachstum begonnen, das auch noch geraume Zeit auf hohem Niveau anhalten wird. Wachstumsprognosen werfen, so Ude, regelmäßig zwei Fragen auf:

- Ist das prognostizierte Wachstum auch wünschenswert?
- Und wäre es gegebenenfalls vermeidbar?

Laut Ude stellt das prognostizierte Wachstum für die Stadtpolitik eine „Herausforderung“ dar. „Viele Menschen empfinden die steigende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Auswirkungen auf die Immobilienpreise und die Mieten, den Zwang zur Nachverdichtung und die stärkere Auslastung der Infrastruktur nicht als Zuwanderungs-, Gewinn', sondern als Stressfaktor und Problemdruck.“ Ude verweist auch darauf, dass gleichzeitig Regionen in Bayern, in Deutschland und Europa unter Abwanderung leiden und daher unter einem wachsenden Problemdruck stehen. Er fordert: „Deshalb müsste auf allen politischen Ebenen mehr für das Gleichgewicht der Regionen getan werden.“

Das sind richtige Erkenntnisse und eine sinnvolle Forderung. Aber nun sind wir neugierig: Wie will Ude dem „Stressfaktor Wachstum“ und dem Problemdruck - steigende Mieten, Verlust an Grünflächen und Lebensqualität in München - begegnen? Es kommt leider nur der Hinweis, dass wir in einem Kontinent der Freizügigkeit leben und daher die Wahl des Wohnsitzes nicht verordnet werden könne. Die Freizügigkeit wird tatsächlich von niemandem in Frage gestellt. Aber ist der starke Zuzug deswegen gleich unbeeinflussbar wie ein Naturgesetz? Ude will mit seinem Freizügigkeitshinweis die Hilflosigkeit der Stadtpolitik gegenüber der von ihm genannten „Herausforderung“ rechtfertigen. Immerhin räumt der OB ein, dass sich die Wohnsitzwahl „ganz stark“ auch am Angebot an Arbeitsplätzen orientiert. Damit hat er vollkommen recht. Aber er zieht daraus keine Konsequenzen. Die Stadtpolitik unternimmt nicht nur nichts gegen das problematische Siedlungswachstum, sondern verstärkt es sogar aktiv. Die Stadtpolitiker setzen alles daran, Menschen aus anderen Regionen nach München zu holen – und heizen auf diese Weise den Wohnungsmarkt an: **Auf internationalen Messen wird München als idealer Standort für Unternehmen gepriesen. Auch mit der Ausweisung von zusätzlichen Gewerbeflächen werden Unternehmen in die Stadt gelockt.** Diese Aktivitäten haben zur Folge, dass auch die massenhafte Ausweisung von Wohnflächen und der damit verbundene Verlust an Grünflächen das Problem der zu hohen Mieten nicht lösen kann. Die städtische Ansiedlungspolitik macht deutlich: es sind nur geheuchelte Krokodilstränen, die Stadtpolitiker fast aller Parteien vergießen, wenn sie die Überbauung von Grünflächen und die steigenden Mieten beklagen. Das Siedlungswachstum (als „Stressfaktor“) ist in München kein Sachzwang als Folge von Freizügigkeit, sondern es wird bewusst gefördert. Der „Problemdruck“ ist also zu großen Teilen hausgemacht. **Wenn die Stadtpolitik so weiter macht wie bisher, opfert sie mit dem forcierten Siedlungswachstum die Lebensqualität Münchens.**

Hans-Jochim Schemel